



RADVERKEHRSKONZEPT FÜR RHEINBACH

CDU und FDP lehnen SPD-Antrag im Stadtrat ab

>>> Zu einer attraktiven Stadt gehört auch eine vorausschauende Verkehrspolitik, die alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer in den Blick nimmt. Dabei sind uns die Belange der schwächsten Verkehrsteilnehmer besonders wichtig, die bisher wenig Beachtung finden. Wir möchten den Radverkehr als zukunftssträchtige, klimafreundliche und kostengünstige Verkehrsmittelalternative fördern. Dazu muss ein durchgängiges, verkehrssicheres und qualitativ hochwertiges Radverkehrsnetz in Rheinbach aufgebaut werden, das die gesamte Innen-

stadt und die Verbindungswege zu den Ortschaften in den Blick nimmt.

Radfahrende sollen ihre Zielpunkte im Stadtgebiet über kurze, direkte und sichere Verkehrswege erreichen können. Eine fahrradfreundliche Infrastruktur ist außerdem ein wertvoller Beitrag zum Klimaschutz. Zudem erhöht eine fahrradfreundliche Verkehrsräumgestaltung die Sicherheit insbesondere für Kinder und ältere Menschen. Damit diese Ziele erreicht werden können, fehlt ein wichtiger Baustein, ein Radverkehrskonzept für die

Stadt Rheinbach. Die Erstellung eines solchen Konzeptes für die Kernstadt wurde u. a. im Stadtentwicklungskonzept der Stadt Rheinbach von 2005, im Handlungskonzept Klimaschutz für die Stadt Rheinbach von 2010 und im Masterplan Innenstadt von 2017 für erforderlich gehalten. Die SPD hat es deshalb erneut im Stadtrat beantragt. Unverständlich bleibt allerdings, warum CDU, FDP und der Bürgermeister den Antrag auf Erstellung eines Radverkehrskonzeptes bei der letzten Ratssitzung abgelehnt haben.



WOHNRAUM MUSS FÜR DIE MENSCHEN DA SEIN

Nicht für die Gewinne einiger weniger

>>> Rheinbach und seine Ortschaften sind für immer mehr Menschen als Wohnort attraktiv. Deshalb setzt sich die Rheinbacher SPD dafür ein, dass überall in der Stadt neuer Wohnraum entsteht. Die bisherigen Anstrengungen beim Wohnungsbau müssen weiter verstärkt werden. Mit der vordringlichen Ermittlung von Bauflächen sowie der schnellen Genehmigung und Umsetzung von Bauvorhaben müssen wir sicherstellen, dass Wohnen in Zukunft für alle Rhein-

bacher bezahlbar ist. Alleinerziehende, junge Familien, Senioren und Alleinlebende sollen eine Wohnung in Rheinbach finden, unabhängig vom Einkommen. Deshalb benötigen wir dringend eine ausgewogene Mischung aus sozial gefördertem und frei finanziertem Wohnraum auf städtischen und privaten Flächen. Wir Sozialdemokraten haben erneut die Gründung einer Stadtentwicklungsgesellschaft mit dem Fokus auf kommunalen Wohnungsbau im

Stadtrat gefordert, um politisch bei der aktuellen Fehlentwicklung im Wohnungsbau gegenzusteuern. CDU und FDP haben das erneut abgelehnt. Die SPD Rheinbach wirbt weiter dafür, auch bei aktuell geplanten Wohnraumvorhaben auf dem Majolika-Gelände und dem Pallotti-Areal, diese mit einer verbindlichen 30 % Sozialquote zu verbinden. Wir müssen jede Chance nutzen, um zu bezahlbarem Wohnraum zu kommen.

SPD LEHNT HAUSHALT AB

Die soziale Handschrift fehlt

>>> Die SPD Rheinbach hat dem Haushalt 2019 nicht zugestimmt. Wir haben bemängelt, dass dem Etatentwurf eine soziale Handschrift fehlt. Der Entwurf schreibt nur Haushaltsansätze fort und passt sich nicht den aktuellen Bedürfnissen und Anforderung der Menschen in Rheinbach an. Es gibt keine zukunftsorientierten Ansätze, wie die Probleme und Sorgen Rheinbacher Bürgerinnen und Bürger gelöst werden sollen.

Soziale Handschrift bedeutet für uns Sozialdemokraten Investitionen in Schulen, Kindergärten und Straßen.

Straßen bröckeln, in den Schulen liegt manches im Argen, es fehlen bezahlbarer Wohnraum sowie schnelle Internetleitungen in den ländlicheren Gebieten - und das alles, obwohl die Konjunktur noch immer brummt. Die Entwicklung der Gebühren und Steuern kennt nur eine Richtung: nach oben. Die Grundsteuer B, die jeder Eigenheimbesitzer und jeder Wohnungsmieter zahlen muss, steigt durch Beschluss von CDU und FDP in 2019 auf 641 Punkte, in 2020 auf 697 und in 2021 auf sage und schreibe 753 Punkte.

FRÜHJAHRSEMPFANG

>>> Als Dankeschön für die viele Menschen, die sich ehrenamtlich für die Gemeinschaft einsetzen, richtet die Rheinbacher SPD auch in diesem Jahr wieder ihren Frühjahrs Empfang im Ratssaal des Himmeroder Hofes aus.

Am Freitag, **17. Mai**, 19:00 Uhr, stehen nicht politische Reden im Vordergrund. Die Poetry Slammerin Ella Anshein wird mit ihren Texten den politischen Diskurs befeuern, der für unsere Gesellschaft, für die Demokratie so wichtig ist. Denn aus dem Diskurs entstehen wichtige neue Ideen.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

GESAMTSCHULE RHEINBACH BRAUCHT WEITERE TURNHALLE

>>> Die Gesamtschule Rheinbach ist seit ihrer Gründung ein Erfolgsmodell. Um erfolgreich zu sein, benötigt die Schule aber eine angemessene bauliche Ausstattung. Für den Sportunterricht nutzt die Gesamtschule u. a. Turn- und Sporthallen in der Villeneuve Straße und am Dederichsgraben. Bereits in der Sitzung des Schulausschusses im Oktober 2018 hat die Schulleitung der Gesamtschule Rheinbach dargelegt, dass die maßgeblichen Normen für die Erteilung des Sport-

unterrichtes nicht bei allen Hallen gegeben sind. Schon damals wurden Planungen über den Neubau einer Einfeldturnhalle erörtert. Deshalb hat die SPD Rheinbach im Stadtrat beantragt, einen Grundsatzbeschluss zum Bau einer solchen Halle zu fassen. An der Ablehnung von CDU und FDP ist diese notwendige bauliche Ergänzung für die Rheinbacher Schul- und Sportlandschaft gescheitert.

INHALT DIESER AUSGABE

Die Ideen der SPD für ein **sozialeres Europa** Seite 2

SPD-Kreistagsfraktion diskutierte über **Gesundheit im ländlichen Raum** Seite 3

SPD fordert **Radverkehrskonzept** für Rheinbach Seite 4

Rheinbacher **Haushalt** fehlt soziale Handschrift Seite 4

MITEINANDER

#EUROPAISTDIEANTWORT



**Unsere Spitzenkandidatin
Katarina Barley**



„Hast Du einen Opa, schick' ihn nach Europa“ - dieser Spruch hat längst ausgedient! Mit Justizministerin Katarina Barley hat die SPD eine erfahrene Ministerin als Spitzenkandidatin für die Europawahl nominiert und unterstreicht so die Bedeutung der Wahl am 26. Mai. Barley ist Europäerin durch und durch und besitzt einen deutschen und einen britischen Pass. Europa hat keinen Mangel an Widersachern – aber viel mehr Menschen in Europa wollen ein starkes Europa. Für diese Menschen will Katarina Barley eine starke Stimme sein.

>>> Die europäische Union ist der bedeutendste politische Fortschritt des vergangenen Jahrhunderts: Frieden und Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, Zusammenarbeit und politische Partnerschaft über nationale Grenzen hinweg. Europa ist die Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit. Doch der europäische Gedanke wird durch Rechtspopulismus und Nationalismus bedroht. Bei der Europawahl am 26. Mai geht es darum, die Europäische Union zu verteidigen, indem wir sie sozialer und demokratischer machen.

Gemeinsam mehr erreichen

Unsere Antwort auf „America First“ ist „Europe United“. Europa muss international mit einer starken Stimme sprechen, um unsere Grundwerte von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit effektiv zu vertreten. Kein Mitgliedsstaat alleine hat das nötige Gewicht. Eine Zusammenarbeit ist angesichts der Aufkündigung von Abrüstungsabkommen nötiger denn je. Die Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur gemeinsam lösen. Wir brauchen einen verbindlichen EU-weiten Klimaschutz, eine effektive Bekämpfung von Plastikmüll, mehr Verbraucherschutz und IT-Sicherheit sowie eine gemeinsame, menschliche Migrationspolitik.

Europa der sozialen Sicherheit

Wir wollen ein Europa der sozialen Sicherheit und eine Angleichung der Lebensbedingungen in der EU. Das ist Friedenssicherung nach innen. Euro-

paweite, länderspezifische Mindestlöhne sollen für eine faire Entlohnung sorgen. In Deutschland bedeutet dies einen höheren Mindestlohn von zwölf Euro. Um Europa zu einer echten Sozialunion zu machen, setzen wir uns für gemeinsame Standards der Sozialsysteme ein. Mit einem Fonds zur Rückversicherung wollen wir Länder in Krisensituationen unterstützen, damit nicht bei den Schwächsten gekürzt wird. Die Jugendarbeitslosigkeit werden wir entschlossen bekämpfen.

Kampf für Steuergerechtigkeit

Großkonzerne und Internet-Giganten wie Google oder Facebook machen Milliarden Gewinne, zahlen aber kaum Steuern. Um Steuerdumping zu Lasten der Allgemeinheit zu bekämpfen, wollen wir Mindeststeuersätze für Unternehmen in der EU festsetzen und eine Digitalsteuer einführen. So sollen alle ihren fairen Beitrag leisten. Eine neue Finanztransaktionssteuer soll mehr Investitionen z. B. in strukturschwache Regionen, Forschung und Infrastruktur ermöglichen.

Austausch fördern

Europa muss erlebbar sein. Junge Menschen sind die Zukunft Europas. Deshalb wollen wir den europäischen Austausch stärker fördern. Alle Europäerinnen und Europäer unter 25 Jahren sollen entsprechende Angebote wahrnehmen können.

**Darum am 26. Mai:
Europa stärken, SPD wählen.**

KEIN DEMOKRATIEABBAU IN NRW!

>>> „Unsere Resolution im Kreistag ist erfolgreich auf den Weg gebracht. Die Stichwahl bei Landrats- und Bürgermeisterwahlen in NRW muss erhalten bleiben“, so Dietmar Tandler, Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion. „Es ist wichtig, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte von einer wirklichen Mehrheit der Wählerinnen und Wähler getragen werden.“

Gegen die Stimmen der CDU konnte sich die SPD mit ihrer Resolution im Kreistag durchsetzen. „Mit weniger Demokratie will sich die schwarz-gelbe Koalition in NRW mehr Macht in den

Rathäusern sichern. Das ist ein Angriff auf unsere gelebte Demokratie. Die deutschlandweit einmalige Abschaffung der Stichwahl wird zu einer geringeren Auswahlmöglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger führen“, erläutert

„CDU-Trickserei am Wahlrecht“

Ute Krupp, Fraktionsgeschäftsführerin. Die CDU erhoffe sich so, mehr Rathäuser zu gewinnen bzw. zu halten.

CDU und FDP hatten die Stichwahlen schon 2007 abgeschafft. Die rot-grüne

Landesregierung führte sie 2011 wieder ein. Hintergrund war, dass bei der Kommunalwahl 2009 in einigen Kommunen Kandidaten gewannen, die weniger als ein Drittel aller Stimmen auf sich vereinen konnten. Bei einer Stichwahl treten in einem zweiten Wahlgang die beiden bestplatzierten Bewerber an. So erhält der gewählte Amtsträger eine höhere Legitimation durch die Wählerinnen und Wähler.

Im Landtag stimmten CDU und FDP im April dennoch für die Abschaffung der Stichwahlen. Die SPD in NRW wird nun gegen diese CDU-Trickserei am Wahlrecht Klage einreichen.



EINKLANG ZWISCHEN GESUNDHEIT UND LEBENSQUALITÄT

Gesundheitsversorgung im ländlichen Rhein-Sieg-Kreis

>>> „Die Idylle des Landarztes im Fernsehen hat wenig mit dem Alltag eines Landarztes im Rhein-Sieg-Kreis gemeinsam“, so begann Dietmar Tandler seine Begrüßungsrede anlässlich einer Podiumsdiskussion der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema Gesundheitsversorgung und Lebensqualität im ländlichen Raum.

Nach einem Impulsvortrag von Dr. Alexander Wilhelm, Staatssekretär aus dem rheinland-pfälzischen Sozial- und Gesundheitsministerium, diskutierten Experten aus dem Rhein-Sieg-Kreis mit ihm über Möglichkeiten, wie z. B. dem Ärzte- und Pflegekräftemangel begegnet werden könne, der angesichts des demografischen Wandels immer gravierender wird. Interessant war die von Hermann Allroggen (Kivi e.V.) erwähnte Studie zwischen dem Zusammenhang von Einsamkeit und steigender Pflegebedürftigkeit im Alter. Der Verein Kivi e.V. versucht, präventiv Pflegebedürftig-

keit zu vermeiden und vermittelt Ehrenamtliche, die ältere, alleinstehende Menschen unterstützen und aus der Einsamkeit holen. Ein anderer Ansatz ist das in Rheinland-Pfalz praktizierte Modell „Gemeindegewestern plus“, das Dr. Wilhelm vorstellte. Diese Gemeindegewestern leisten ebenfalls eine präventive Arbeit, um Pflegebedürftigkeit zu vermeiden. Außerdem können sie Ärzte bei vielen Aufgaben entlasten. Diese Entlastung ist dringend notwendig, so Dr. Klaus Rösing vom Ärztenetzwerk aus Eitorf. Er bilde seit Jahren angehende Hausärzte aus, finde aber seit zwei Jahren keine Bewerber mehr. Die Bürgermeisterin von Neunkirchen-Seelscheid, Nicole Sander, berichtete beispielhaft, was Kommunen und der Kreis konkret tun können, um mehr Anreize für junge Ärztinnen und Ärzte zu schaffen, damit sie sich auf dem Land niederlassen, etwa über Zuschüsse für Praxisübernahmen.

FERIENBETREUUNG AN DEN FÖRDERSCHULEN

„Endlich! Der erste Schritt für eine Ferienbetreuung an den Förderschulen ist getan“, so die Vorsitzende des Kreis-Schulausschusses Veronika Herchenbach-Herweg. Seit geraumer Zeit steht die Sozialdemokratin in Kontakt mit Eltern, die auch für ihre Kinder eine Ferienbetreuung einfordern. Der Schulausschuss beauftragte die Verwaltung nun einstimmig, ein Ferienbetreuungs-Pilotprojekt für die Sommerferien 2019 vorzubereiten. An vielen Regelschulen ist eine Ferienbetreuung für Kinder, die eine Offene Ganztagschule besuchen, selbstverständlich. Denn, wer hat schon drei Monate Urlaub im Jahr?

Mit dem Pilotprojekt sollen Erfahrungen gesammelt werden. Die Förderschulen haben einen großen Einzugsbereich. Das Problem der Schülerbeförderung ist daher ebenso zu lösen, wie das einer adäquaten Betreuung durch Fachpersonal. „Jetzt sind wir auch im Förderschulbereich auf dem Weg, die Forderung nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf umzusetzen“, so Dietmar Tandler, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion.